

Erscheinungsweise
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil.
Die Seite . . . 15 Goldpfennige
Familienanzeigen 8 Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Seite . . . 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag.

Für Plathvorchriften kann keine Gewähr übernommen werden.

Geschäftsstand für beide Teile ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Trägerlohn.
Postbezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Verantwortliche Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Nr. 59

Donnerstag, den 12. März 1925.

99. Jahrgang.

Einheitskandidatur und Parteiegoismus.

Die Entscheidung wieder vertagt.

Einigungsversuche der bürgerlichen Parteien.

Berlin, 11. März. Der unter Vorsitz des Staatsministers v. Köbell gebildete Ausschuss der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung, sowie der in Betracht kommenden Organisationen hat heute mit Vertretern der Zentrumspartei und der Deutsch-demokratischen Partei über eine etwaige gemeinsame Kandidatur der im Ausschuss vertretenen Parteien und Organisationen, sowie des Zentrums und der Demokraten beraten. Von den im Ausschuss vertretenen Parteien und Organisationen wurde den Vertretern des Zentrums und der Demokraten erklärt, dass der im Ausschuss vorbereitete Vorschlag einer Kandidatur Jarres aufrecht erhalten werde. Sollte aber der Partei-ausschuss des Zentrums, wie die Deutsch-demokratische Partei es bereits getan hat, sich für die gemeinsame bürgerliche Kandidatur entscheiden, und auf eine weitere Kandidatur verzichten, so soll sofort in weitere Beratungen eingetreten werden. Die Entscheidung des Zentrums wird heute nachmittags dem Ausschuss, der heute seine weiteren Beratungen fortsetzt, mitgeteilt werden.

Eine Kandidatur Gessler.

Die Verhandlungen von Zentrum und Demokraten mit dem Köbell-Ausschuss.

Berlin, 11. März. Wie die Telegraphen-Union aus Zentrumskreisen erfährt, ist der Parteivorstand der Zentrumspartei, der mit dem Reichsausschuss zusammen tagte, heute mittags zu einer gesonderten Sitzung zusammengetreten, um über die Lage zu beraten, die für die Partei nach dem Bericht des Abgeordneten von Guehard über die Verhandlungen mit dem Wahlvorbereitungsausschuss, an denen für die Demokraten auch die Abgeordneten Koch und Erlebach teilgenommen haben, gegeben ist. Wie verlautet, ist dabei die Möglichkeit aufgetaucht, dass bei einem Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien die bisher im Wahlausschuss vertretenen Parteien und Organisationen die Kandidatur Jarres zurückstellen würden, wenn auf einen anderen Namen eine Einigung zu erzielen sei. In diesem Zusammenhang tritt der Name Dr. Gessler stark in den Vordergrund. Er spielt auch bei den Verhandlungen des Zentrums eine erhebliche Rolle, da Dr. Gessler ausübender Katholik ist und politisch auf einer mittleren und zusammenfassenden Linie steht. Da der Wahlausschuss um 5 Uhr wieder zusammengetreten und über die Antwort der Demokraten und des Zentrums beraten wird, erscheint es nicht ausgeschlossen, dass eine Entscheidung nicht bevorsteht.

Die Antwort des Zentrums.

Berlin, 11. März. Die Beratungen des Zentrumsparteivorstandes und Ausschusses über die Frage einer Sammelkandidatur dauerten bis gegen 5 Uhr. Der Vertreter der Zentrumspartei begab sich daraufhin zum Wahlvorbereitungsausschuss im Reichsbürgerhaus, um ihm die Antwort zu überbringen, dass das Zentrum dem Gedanken einer Sammelkandidatur sympathisch gegenüberstehe, dass aber die beiden bisher im Vordergrund stehenden Namen Jarres und Gessler für die Partei nicht tragbar seien.

Berlin, 11. März. Die Vertreter der Demokratischen Partei haben, wie die Telunion hört, sich mit einer Kandidatur Gessler einverstanden erklärt. Der demokratische Parteiausschuss tritt morgen nachmittags zusammen, ebenso der Reichstagsausschuss der Deutschen Volkspartei.

Am die Haltung des Zentrums.

Berlin, 11. März. Wenige Minuten nach 6 Uhr ging der Ausschuss zur Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl (Köbell-Ausschuss) für kurze Zeit auseinander. Wie die Telegraphen-Union erfährt, haben sich alle bisher in diesem Ausschuss vertretenen Parteien mit der demokratischen Partei auf eine gemeinsame bürgerliche Sammelkandidatur Dr. Gesslers geeinigt und der Zentrumsführer Guehard ist vom Ausschuss beauftragt worden, diese Tatsache dem zurzeit tagenden Reichsparteiausschuss der Zentrumspartei umgehend mitzuteilen und den Wunsch des Köbell-Ausschusses zu überbringen, dass auch das Zentrum bei einer

Kandidatur Gessler in seinen Reihen die entgegenstehenden Bedenken zurückstellen und der Sammelkandidatur zustimmen möchte. Insbesondere hat der Führer der Bayerischen Volkspartei, Domkapitular Leicht, Herrn v. Guehard eindringlich darauf hingewiesen, wie notwendig es sei, eine einheitliche Kandidatur aufzustellen. Auch alle übrigen dort vertretenen Parteien wiesen auf die schwere Verantwortung hin, die ein gegenseitiger Entschluss des Zentrums der Zentrumspartei auferlegen würde. Man erwartet, dass der Köbell-Ausschuss erneut zusammentritt, um die sofort herbeizuführende Antwort des Zentrums entgegenzunehmen.

Vertagung der Entscheidung auf Donnerstag.

Berlin, 11. März. Da die Beratungen des Reichsausschusses der Zentrumspartei über die Kandidatur Gessler um 7 Uhr abends noch nicht beendet waren, und vom Zentrum um Aufschub der Entscheidung gebeten wurde, hat der Köbell-Ausschuss beschlossen, die endgültige Entscheidung auf Donnerstag zu vertagen.

Das Zentrum noch unentschieden.

Berlin, 11. März. Der Reichsparteiausschuss des Zentrums brach am Abend gegen 1/8 Uhr seine Sitzung ab, ohne zu einer Entscheidung über die Reichspräsidentenwahl gelangt zu sein. Die Beratungen werden morgen fortgesetzt.

Bisher nur ein offizieller Vorschlag Jarres.

Berlin, 12. März. Wie die Telunion von maßgebender Stelle des vorbereitenden Ausschusses für die Reichspräsidentenwahl erfährt, trifft die heute Abend im Reichstag verbreitete Nachricht nicht zu, wonach Reichswehrminister Dr. Gessler von dem Ausschuss dem Zentrum nominiert sei. Wohl hat der Ausschuss erklärt, dass er bereit sei, über eine Sammelkandidatur der bürgerlichen Parteien weiter zu verhandeln. Der einzige offizielle Vorschlag des Ausschusses ist aber Herr Dr. Jarres, sobald die Nachricht über Herrn Dr. Gessler zum mindesten den Tatsachen voraussetzt. Die endgültige Entscheidung über die Kandidatur ist erst für Donnerstag zu erwarten, wenn das Zentrum und der Wahlausschuss erneut Stellung genommen haben.

Ein Berliner Morgenblatt bringt die Nachricht, dass Reichsaussenminister Dr. Stresemann Unterhändlern des Zentrums erklärt habe, dass nach seiner Ueberzeugung eine Präsidentschaft Gesslers außerpolitisch untragbar sei, da man sie als die Proklamierung einer verhängten Militärdiktatur ansehen werde. Wie die Telunion hierzu von zuständiger Stelle erfährt, ist diese Nachricht unrichtig. In Wirklichkeit hat Dr. Stresemann dem Abg. Fehrenbach auf seine Frage, wie er als Außenminister zu einer Kandidatur Gessler stünde, nur geantwortet, dass sie bei der bekannten Einstellung des Auslandes schwerlich Berücksichtigung ausgeübt sein würde.

Bayerische Volkspartei und Kandidatur Marx.

München, 12. März. Die Münchner Neuesten Nachrichten schreiben zu den Nachrichten einer Präsidentschaftskandidatur Marx: Auf jeden Fall kann heute schon gesagt werden, dass eine Kandidatur aus dem linken Flügel des Zentrums in Bayern, gleichviel, welche Wahparole die Bayerische Volkspartei auch ausgeben werde, die nationalen Stimmen nicht bekäme. Nach Aeußerungen aus der Bayerischen Volkspartei ist an eine Wahparole der Bayerischen Volkspartei für Marx nicht zu denken.

Eine völkische Sonderkandidatur.

Berlin, 11. März. Angesichts der Möglichkeit, dass der Demokrat Gessler als Kandidat der vereinigten bürgerlichen Parteien für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt wird, beabsichtigen die völkischen Kreise, mit einer Sonderkandidatur vorzugehen.

Deutschland und der Völkerbund.

Das Antwortschreiben an Deutschland.

Genf, 12. März. Das Antwortschreiben des Völkerbundes an Deutschland liegt nunmehr in seiner endgültigen Fassung vor. Sein Inhalt wird streng geheim gehalten. Das Schreiben trägt die Unterschrift Chamberlains als dem Vorsitzenden des Völkerbundesrates. Wie aus englischen Konferenzkreisen verlautet, ist das Schreiben in liebenswürdiger Form abgefasst und unterstreicht den Wunsch der Ratsmitglieder, Deutschland im Völkerbund zu sehen. Es weist weiter auf die Bedeutung hin, die Deutschlands Eintritt in den Völkerbund für den Frieden der Welt hat. Der Rat drückt sein Bedauern darüber aus, dass Deutschland keinerlei Vorrechte bei seinem Eintritt in den Völkerbund gewährt werden können. In diesem offiziellen Schreiben wird der Anregung eines ständigen Ratsbüros für Deutschland und des von der Reichsregierung beanstandeten § 16 keinerlei

Erwähnung getan. Gleichzeitig mit diesem offiziellen Schreiben wird der Rat einen diplomatischen Schritt in Berlin unternommen, indem er Deutschland einen künftigen Ratsitz bei seinem bedingungslosen Eintritt in den Völkerbund zusichert. Der § 16 wird gleichfalls Gegenstand einer diplomatischen Ausprache sein, wobei auf die Tatsache verwiesen werden soll, dass der § 16 des Statutes in seiner endgültigen Form noch nicht feststeht und vier Abänderungsanträge zu ihm vorliegen und dass er erst von 13 oder 19 Staaten ratifiziert werden müsse. Es sei daher nicht ausgeschlossen, einen weiteren Abänderungsantrag einzubringen, der Deutschlands Wünschen gerecht werden könnte, allerdings nur unter der Voraussetzung des bedingungslosen Eintritts Deutschlands in den Völkerbund und dass es an den Beratungen in Zukunft teilnehme. Das Schreiben soll Donnerstag oder Freitag im Rat zur Verlesung kommen. Es wird dem schwedischen Außenminister vorgelegt werden und wenn es seine Billigung findet, keine weiteren Abänderungen mehr erfahren. In einer vertraulichen Sitzung des Rats wurde die Tagesordnung für die zweite Hälfte der nächsten Woche festgesetzt.

Neueste Nachrichten.

Im Mittelpunkt der Erörterungen der bürgerlichen Parteien über die Reichspräsidentenwahl steht die Kandidatur Gessler.

Der Eisenbahnerstreik hat nunmehr auch auf Bayern übergriffen und zu einem Teilstreik in Hof geführt.

Der Völkerbundsrat beschloß die Vertagung der Kontrollfrage bis zur Zusammentagung der Völkerbunderversammlung.

Frankreich ist bereit, gegen Kompensationen in der Garantiefrage auf das Genfer Protokoll zu verzichten.

Londoner Informationen versichern, daß England in den Fragen des Genfer Protokolls und der Völkerbundkontrolle über Deutschland noch an seinem Standpunkt festhält.

Die deutschen Bedenken gegen den vorbehaltlosen Eintritt in den Völkerbund.

Berlin, 10. März. Der Vorwärts bringt heute morgen die Meldung, daß die Reichsregierung ihre Bedenken gegen die Paragraphen 16 und 17 der Völkerbundstatuten aufgegeben habe. Wie die Tel-Union von befreundeter Seite erfährt, trifft diese Nachricht nicht zu. Die Unterredung zwischen dem Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drumont und dem deutschen Außenminister hat sich in der Weise abgespielt, daß Drumont versuchte, die deutschen Bedenken gegen den Eintritt in den Völkerbund zu zerstreuen. Der Außenminister konnte aber nur den bekannten deutschen Standpunkt aufrecht erhalten, daß Deutschland sich unter keinen Umständen an irgend welchen kriegerischen Maßnahmen beteiligen, noch den Durchzug fremder Truppen gestatten kann. Bei den längeren Besprechungen des Generalsekretärs des Völkerbundes mit Staatssekretär Schubert im Auswärtigen Amt konnte auch der Einwand, daß in auch die Schweiz sich wenigstens an einem wirtschaftlichen Boykott beteilige, von deutscher Seite nicht als stichhaltig anerkannt werden, weil der Boykott durch ein wirtschaftlich so bedeutendes Land wie Deutschland zumal bei dem Stande unserer wirtschaftlichen Abhängigkeit eine natürliche Kriegsgefahr in sich schließt. Die Bedenken gegen die Paragraphen 16 und 17 sind also von keiner Stelle des deutschen Auswärtigen Amtes zurückgezogen worden.

Um das Genfer Protokoll.

Wird Chamberlain ausweichen?

Genf, 11. März. Mit steigender Spannung erwartet man die Rede Chamberlains auf der morgigen Ratsitzung. In Völkerbundskreisen ist man der Meinung, daß keine Rede nur allgemein gehalten sein und eine genaue Stellungnahme der britischen Regierung zum Genfer Protokoll und zur Sicherheitsfrage zu vermeiden suchen wird. Die anderen Ratsmitglieder werden vermutlich erst in der Nachmittagsitzung zu Wort kommen.

Kleine Entente, Genfer Protokoll und Sicherheitsfrage.

Genf, 12. März. Der Tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneß hatte gestern eine ausgedehnte Ausprache mit Chamberlain über das Genfer Protokoll und den Plan eines Garantievertrages unter Einfluß Deutschlands. Dabei kamen auch die Pariser Besprechungen Herriot's mit Chamberlain und mit dem polnischen Außenminister Strzymski zur Sprache. Ferner hatte Beneß eine Unterredung mit Briand. Beneß wird heute als Berichterstatter des Rates in der Angelegenheit des Genfer Protokolls an der Debatte teilnehmen.

Am die Abrüstungskontrolle.

Kontrollrechte des Völkerbundes.

Die Morgenblätter melden aus Genf: Das Völkerbundsekretariat teilt amtlich mit: Die juristischen und die militärischen Sachverständigen haben ihre Arbeiten über den Ausbau des Kontrollrechts des Völkerbundes in Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien beendet, insbesondere ist dem Kommissionsbericht über Mittel und Wege zur Sicherung der Freiheit und vollständigen Durchführung der Aufgaben des Untersuchungs-ausschusses eine juristische Form gegeben worden, sodas er im Laufe dieser Tage zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann.

Meinungsverschiedenheiten im Völkerbundsrat.

Paris, 11. März. Die Pariser Morgenblätter berichten über Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern des Völkerbundsrates. Man sieht sich Fragen von so großer politischer Tragweite gegenüber, daß man schon jetzt glaubt, sie auf der bisherigen Tagung nicht entscheiden zu können. Es wurde daher vorgeschlagen, eine Reihe der wichtigsten Fragen bis zur nächsten Völkerbunderversammlung im September zu vertagen. Der „Matin“ weiß zu berichten, daß der Rat diesem Vorschlag mit überwiegender Mehrheit zugestimmt habe. Der „Petit Parisien“ weist auf die Gegenläufigkeit des Rates hin, die in der Abrüstungskontrollfrage bestünden Frankreich und die Staaten der kleinen Entente wünschten, daß die Abrüstung Deutschlands ständig kontrolliert würde, während die Vertreter Großbritanniens und der neutralen Länder nur eine zeitweilige und gelegentliche Kontrolle wünschten. Auch in der Frage, ob der Völkerbundsrat für den Fall deutscher Verfehlungen in der Entwaffnungsfrage mit Stimmenmehrheit oder mit einfacher Mehrheit Sanktionen beschließen könne, gehen die Ansichten innerhalb des Rates weit auseinander.

Politische Umschau.

Der Verkehr und der Betrieb können trotz des Eisenbahnerstreiks überall glatt durchgeführt werden. Die Zahl der Streikenden hat sich im wesentlichen nicht erhöht. In Hof sind die Arbeiter teilweise in den Streik getreten. Die Reichsbahndirektion hat einen Aufpruch zur Wiederaufnahme der Arbeit erlassen. — Die Gesamtzahl der Streikenden wird von der Hauptverwaltung auf 6 600 Personen beziffert, was bei einer Gesamtbeschäftigung von 430 000 Eisenbahnarbeitern einen Prozentsatz von 1,54 bedeutet.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen werden am 16. März in Paris wieder aufgenommen. Die deutsche Delegation wird sich zu diesem Zweck wieder nach Paris begeben. In der Führung der deutschen Delegation wird Staatssekretär Dr. von Trendelenburg, der auf ärztliche Anordnung dringend eines Erholungsurlaubes bedarf, vorübergehend von Ministerialdirektor Posse vertreten werden.

Der nach Amerika zurückgekehrte bisherige Berliner Bolschaker Houghson wies in schärfer Weise darauf hin, daß die angeblichen deutschen Rüstungen, von der die Kontrollkommission faßelt, nicht bestehen. Derartige Berichte erhalte man täglich zum Morgenkaffee vorgelesen; er verliedere aber, daß sie nicht zutreffen. Deutschland hätte vollständig abgerüstet.

In Genf verlanget, daß die Rechtsfachverständigen des Völkerbundes den Militärkontrollplan der militärischen Sachverständigen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien verworfen und einen Gegenplan ausgearbeitet haben, der dem Rat vorgelegt wird. England ist gegen die Einsetzung eines ständigen Kontrollausschusses des Völkerbundes an Stelle der interalliierten Kommission, weil es nur eine zeitweise Ausübung der Kontrolle zulassen will.

In der vertraulichen Sitzung des Völkerbundes von Genf wurde die Frage des Antowitschreiben an die deutsche Regierung und die Bedingungen für Deutschlands Eintritt, die Frage der Militärkontrolle, und das Danziger Problem besprochen.

In der römischen Presse wird betont, Deutschland könne dem Völkerbund nicht beitreten, solange es keine Zusicherungen bezüglich der Ostgrenze, und zwar hinsichtlich des Danziger Korridors und Oberschlesiens erhalte. Niemand wolle Polen opfern; aber dieses müsse zuerst und selbst einsehen, daß sein eigenes Interesse den Vergleich mit Deutschland verlange, das den jetzigen Zustand nicht länger ertragen könne.

Die Türkei mobilisiert 14 Jahrgänge im Gebiet von Sivas, um den Kurdenaufstand zu unterdrücken.

Zum Eisenbahnerstreik.

Die gegenwärtige Lage.

Berlin, 11. März. Im Teilstreit der Reichseisenbahnarbeiter ist auch heute keine wesentliche Änderung eingetreten. In Hof in Bayern sind heute insgesamt 260 Mann in den Ausstand getreten. In Berlin streiken heute insgesamt 700 Arbeiter. Die Zahl der Ausständigen im ganzen Reich beträgt heute 7700 Mann, das sind 18 Prozent des gesamten Eisenbahnbestandes. Die Gerüchte, daß den für die Streikenden eingesperrten Arbeitern höhere Löhne oder Sonderzulagen bezahlt werden, sind frei erfunden. Im Übrigen werden die heutigen und morgigen Schlichtungsverhandlungen abzuwarten sein.

Die Lage in Württemberg.

(S.W.) Stuttgart, 10. März. Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Stuttgart schreibt uns:

Im Hinblick auf die Bewegung unter den Eisenbahnarbeitern dürften einige Angaben über die Lohnverhältnisse der Arbeiter im Bezirk der Reichsbahndirektion Stuttgart von Interesse sein.

Nach dem Lohnarbeitsvertrag ist der den Arbeitern zu gewährenden Lohn abgestuft nach dem Lebensalter, der Beschäftigungsart und dem Dienstort; für eine Reihe von Dienstorten sind zur Angleichung an die Löhne der Industriearbeiter Ortslohnzulagen festgelegt. Der Höchstlohn wird mit dem vollendeten 24. Lebensjahr erreicht. Nach der Art der Beschäftigung sind die Arbeiter in 7 Lohngruppen eingeteilt: in der Lohngruppe III (Handwerker) befinden sich 15,5 Proz. und in der Lohngruppe V (angelernte Arbeiter) 28,9 Proz. und in der Lohngruppe VI (ungelernte Arbeiter) 34,7 Proz., zusammen 82,1 Proz. von insgesamt rund 13 000 Arbeitern, der Rest von 17,0 Proz. verteilt sich auf die Lohngruppen I, II, IV und VII. Die Dienstorte sind in Lohngebiete (in Württemberg 2) und Ortsklassen (5) eingeteilt.

Weitaus die Mehrheit der württ. Reichsbahnarbeiter befindet sich in Lohngebiet 2. In diesem beträgt je nach dem Dienstort der Höchstlohn in der Stunde für einen verheirateten Arbeiter mit einem unterhaltsberechtigten Kind in Lohngruppe III 60—74 Pfg., in Lohngruppe V 49—61 Pfg., in Lohngruppe VI 47—59 Pfg. Ein großer Teil der Arbeiterschaft (insbesondere die Werkstatt- und Güterbodenarbeiter) arbeitet im Gebinde und erzielt dadurch einen Ueberverdienst von 20—25 Prozent der Grundlöhne.

Im Lohngebiet 1 ist nur ein geringer Teil der Arbeiterschaft (etwa 440), fast ausschließlich Bahnunterhaltungsarbeiter der Lohngruppe VI beschäftigt. Dieses Gebiet umfaßt fast ausschließlich drei landwirtschaftlichen Charakters ohne oder mit nur unbedeutender Industrie. Die Löhne der Reichsbahnarbeiter sind hier um 4 Pfg. niedriger als im Lohngebiet 2.

Die Löhne der Industriearbeiter in Württemberg sind im Vergleich zu den Löhnen der Reichsbahnarbeiter teils etwas höher, teils etwas niedriger.

Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wäre bereit gewesen, dort, wo die Arbeiterlöhne unter den Industriearbeitern liegen, mit sofortiger Wirkung die Löhne an die Industriearbeiterlöhne anzugleichen. Eine allgemeine Lohn-erhöhung, wie sie von den Gewerkschaften gefordert worden ist, glaubte die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen nicht bewilligen zu können; als Folge einer allgemeinen Lohnerhöhung wäre eine allgemeine Lohn- und Gehaltsbewegung und damit eine weitere Preissteigerung wohl in Aussicht zu nehmen.

Jeder Wenig mehr Stundenlohn verursacht zudem für die Reichsbahn etwa 12 Millionen RM Mehrausgaben im Jahre. Dabei ist zu beachten, daß die außerordentlich harte Belastung der Reichsbahn mit Reparationslasten es erfordert, daß für jede erhebliche Mehrausgabe sofort auch eine Mehreinnahme gesucht wird. Diese könnte nur in Tarifserhöhungen gefunden werden. In erster Linie käme eine Erhöhung der Personentarife in Frage. Die Reparationslasten sehen sich in der Weise in die Praxis um, daß zum 1. März und 1. Oktober dieses Jahres je 100 Millionen, im Jahre 1926 zusammen etwa 600 Millionen zu zahlen sind. Später erhöhen sich diese Ziffern auf jährlich

Der stellvertretende Reichspräsident.



Reichspräsident Simon, der stellvertretende Reichspräsident.

Im Reichstag wurde gestern der Gesetzentwurf, wonach der Reichspräsident mit der Stellvertretung des Reichspräsidenten betraut wird, in dritter Lesung endgültig angenommen.

Der Amtsantritt Dr. Simons.

Berlin, 11. März. Der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons nimmt morgen sein Amt auf und wird zu diesem Zweck von der Reichsregierung bzw. von seinem stellvertretenden Amtsvorgänger Dr. Luther vereidigt. Er wird für die Dauer seiner Tätigkeit in diesem Amt Wohnung im Palais des Reichspräsidenten nehmen.

zwei mal etwa 500 Millionen. Zu diesen Lasten tritt für die Reichsbahn noch die Verpflichtung, Betriebs- und Reservelöhne anzuhimmeln.

(S.W.) Stuttgart, 11. März. Die Eisenbahner des Stuttgarter Industriegebietes nahmen gestern Abend in drei großen Versammlungen in Stuttgart, Cannstatt und Kornwestheim Stellung zur Lage. Man nahm eine Entschloßung an, worin es u. a. heißt: Daß die Eisenbahnverwaltung jede Verkürzung der Arbeitszeit sowie die Erhöhung des Lohnes in bräcker Weise ablehnt, empfindet die Versammlung als eine skandalöse Provokation aller Bediensteten. Das „Zugeständnis“ der Verwaltung, Ende des Monats März in eine Prüfung der Notwendigkeit einer Lohnerhöhung einzutreten, betrachtet die Versammlung als eine schiefe Verhöhnung des gesamten Personals. Die Versammlung verurteilt den bereits im Streik befindlichen Kollegen ihre volle Sympathie und erwartet vom Verbandsbeirat, der am Mittwoch in Berlin zur Laue Stellung nimmt, die entscheidendsten Maßnahmen. Die Versammelten sind nicht gewillt, die Brüskierung und den unerhörten Hoß der Eisenbahnverwaltung über sich ergehen zu lassen. Sie beauftragen die Ortsverwaltung Stuttgart und die Bezirksleitung Württemberg, alles zu tun, was die Situation erleichtert, um die Notlage zu mildern und eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erwirken. Die Versammlung verlangt von allen Kollegen, daß sie in dem durch die Verwaltung mit bewußter Absicht geschaffenen Konflikt die Disziplin bewahren, nur den Anweisungen der Verbandsleitung Folge leisten und deren Rufes gewärtig sind.

(S.W.) Stuttgart, 11. März. Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit, daß der Streik sich auch auf bayerisches Gebiet, besonders auf Hof, ausgedehnt hat, wo etwa 200—300 Arbeiter streiken. Die Eisenbahnverwaltung hat durch Anschlag die Arbeiter auf die Folgen der Arbeitsverweigerung aufmerksam gemacht. Im ganzen Gebiet der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft streiken zur Zeit 7700 Mann, das sind 1,84 Proz.

Kleine politische Nachrichten.

Zum Verbot der Hitler-Versammlungen.

München, 10. März. Für das Verbot der Hitlerversammlungen führt die „Bayerische Staatszeitung“ auch wirtschaftspolitische Gründe an. In den Kreisen der bayerischen Industrie, des Handels und Gewerbes und vor allem auch der Verkehrsindustrie mache sich tatsächlich allenthalben die in der Begründung des Verbotes angeführte Beunruhigung und Beforgnis bemerkbar. Das Wiederauftreten Hitlers habe eine Atmosphäre geschaffen, die über kurz oder lang zu einer Bayern wirtschaftlich außerordentlich schädigenden allgemeinen Beunruhigung führen müsse. Es habe erneut Mißtrauen gegen die bestehende Ruhe und Ordnung in München und Bayern erweckt. Schon heute müßten angelegene Münchener Firmen mit den Vertretern des außerdeutschen Handels zu geschäftlichen Abschlüssen in Berlin zusammentreffen, weil diese nicht nach München kommen wollen. Schon heute mache sich eine Abnahme des Fremdenverkehrs in Münchener Hoteltreibern und in oberbayerischen Kurorten unter ausdrücklichem Hinweis auf Hitlers Tätigkeit bemerkbar. In diesem Zusammenhang ließen sich „bemerkenswerte Beweise für die merklich wachsende und ablehnende Aufnahme der neuen hitlerischen Tätigkeit im bayerischen Lande aufweisen“. Für das glückliche Gelingen der zahlreichen für den Sommer in München und Bayern geplanten Ausstellungen und Tagungen sei die Gewährleistung von Ruhe und Ordnung, und zwar schon im gegenwärtigen Zeitpunkt die erste, aber auch die einzige Voraussetzung.

Die Dienstreise der Reichsbeamten.

Berlin, 10. März. Das Reichskabinett hat auf Antrag des Reichsministers des Innern folgenden Beschluß gefaßt: „Die im

Sinblick auf die Notlage des Reichs über die Dienstreise der Reichsbeamten für die Zeit bis zum 31. Dezember 1925 getroffenen Beschlüsse werden vorläufig wie folgt gemildert:

Die Dienstreise kann auf 51 Stunden wöchentlich herabgesetzt werden, soweit dies ohne erhebliche Mehraufwendungen möglich ist. Unberührt bleiben die allgemeinen Grundzüge über die Verpflichtung des Beamten, die ihm übertragenen Arbeiten rechtzeitig ohne Rücksicht auf die allgemeine Regelung der Dienststunden zu erledigen und über die Erhöhung der Dienstreise bei hoher Dienstbereitschaft. Die Ressortminister erlassen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

Reichstag.

Der tote und der kommende Reichspräsident. Standalgenen

Berlin, 10. März. Die Reichstags-Sitzung verlief so unwürdig wie man es von Anfang an befürchten mußte. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangten die Kommunisten, daß die Verbote kommunistischer Versammlungen und eine Interpellation über den Eisenbahnerstreik auf die Tagesordnung gesetzt werden. Das erstere wurde abgelehnt, das letztere genehmigt. Einstimmig und ohne Debatte stimmte der Reichstag dem Vorschlag der Reichsregierung zu, wonach am 29. März die Neuwahl des Reichspräsidenten, am 26. April der eventuelle zweite Wahlgang stattfinden soll. Das Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten wurde in erster und zweiter Lesung gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, in deren Namen Abg. Henning die Vorlage als überflüssig bezeichnete, und Kommunisten, angenommen; die dritte Lesung mußte verschoben werden, da Widerspruch erhoben wurde. Das Gesetz betreffend Uebernahme der Bestattungskosten für den Reichspräsidenten Ebert auf die Reichskasse benötigten die Kommunisten zu einer nach Form und Inhalt beispiellosen Hejrede, die sich insbesondere gegen den Toten und gegen die Sozialdemokratie richtete. Als Abg. Remmele, der sich zu diesem Zweck bloßstellte, in seiner Rede Ebert als „Kriegshehr“ und „Durchhalter auf Kosten der Arbeiter“ bezeichnete, stimmten die Kommunisten demonstrativ zu. Die Mehrheit protestierte gegen die Rede zunächst durch lebhaften Zwischenruf und verließ schließlich den Saal. Präsident Loebe stellte nach Schluß der Rede fest, daß er keine formale Möglichkeit gehabt habe, einzugreifen; der tote Reichspräsident könne aber durch diese Rede nicht herabgesetzt werden. Abg. Fehrenbach (Zentrum) wies unter dem Toben der Kommunisten die Bestattungskosten des Reichspräsidenten zurück. Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) lehnte die Vorlage ab und meinte, das Gesetz würde nicht durchgehen, wenn nicht die Deutschnationalen zustimmig in der Regierung läßen. Die Vorlage wurde schließlich gegen die Stimmen der Bolschewiken und Kommunisten in erster und zweiter Lesung angenommen; die dritte Lesung wurde auch hier wegen Widerspruchs verschoben. Die Interpellation zum Eisenbahnerstreik wurde sodann vom Abg. Könen (Komm.) mit einer neuen Hejrede begründet. Nach kurzer Debatte wurde die Angelegenheit dem Verkehrs-ausschuß überwiesen. Ein deutschnationaler Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Ursachen der Wittenberger Explosion wurde zurückgewiesen, nachdem die Regierung eine Untersuchung eingeleitet hatte. Schließlich wurden noch das Gesetz über die Vorlage über den Beitritt zum Madrider Abkommen über Unterdrückung falscher Herkunftangaben auf Waren verabschiedet.

Berlin, 11. März. Der Reichstag nahm zunächst in dritter Lesung das Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten an. Die Abg. Graf Westarp (D.-Nat.) und Brüninghaus (D. Vrt.) erklärten für ihre Fraktionen ausdrücklich, daß aus der Zustimmung zu dem Stellvertretungsgesetz keine Schlüsse für die Stellungnahme zur Wahl des Reichspräsidenten selbst, insbesondere zu dem demokratischen Vorschlag einer Kandidatur Simons gezogen werden dürften. Abg. Koch (Dem.) betonte das gleiche für seine Partei. Fürte aber hinzu, es bestehe kein Grund, den Reichspräsidenten und Stellvertreter des Reichspräsidenten von der Kandidatenerörterung auszuschließen. Hierauf wurde in dritter Lesung, ebenfalls gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten, die Vorlage betreffend Uebernahme der Bestattungskosten für den Reichspräsidenten Ebert auf das Reich angenommen. Nachdem über einem kommunistischen Antrag wegen der Landarbeiter eine Stunde Zeit mit überflüssigen Reden veräußert worden war, wandte sich das Haus dem Reichsjustiz-Gesetz zu. Der Ausschuß hatte sich den eigenartigen Spaß erlaubt, den früheren thüringischen Justizminister, Universitätsprofessor Dr. Korisch, einen Kommunisten, mit der Berichterstattung zu beauftragen. Sein Referat hatte allerdings mit der Objektivität, die man bis zu einem gewissen Grad von einem Berichterstatter erwarten muß, nicht das geringste zu tun und das Haus protestierte wiederholt lebhaft gegen diese Art der Berichterstattung, zumal Korisch des öfteren falsch zitierte. Dann trat Abg. Dr. Levi (Soz.) für die Beseitigung der Emmingerischen Justizreform ein, wenn er auch deren Vorzüge nicht verkannte. Im besondern galt seine Kritik der bayerischen Rechtsprechung. Abg. Dr. Barth (D.-Nat.) wies in längerer Rede die Angriffe auf den Richterstand und die Rechtsprechung zurück und betonte, daß gerade in der jetzigen Zeit die Unabhängigkeit der Gerichte unbedingt notwendig sei. Nach einer weiteren Rede des Abg. Hampe (Wirtsch. Vgg.) vertagte sich das Haus.

Zur Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 11. März. Dem Reichstag ist vom Zentrum, den Sozialdemokraten und Demokraten ein Antrag auf Abänderung des Gesetzes über die Reichspräsidentenwahl zugegangen, der u. a. die Einführung amtlicher Stimmzettel vorschlägt. Die wichtigste Bestimmung ist die, daß Wahlvorschlüge spätestens am zehnten Tage vor der Wahl beim Reichswahlleiter einzureichen und von mindestens 20 000 Wählern unterschrieben sein sollen; an Stelle von 20 000 sollen 20 Unterschriften genügen, wenn der Vorschlag von Parteien oder Gruppen ausgeht, die bei der letzten Reichstagswahl einen Reichswahlvorschlag eingereicht und mindestens 500 000 Stimmen erhalten haben. Es soll zwar auch zulässig sein, für eine nicht vorgeschlagene Person seine Stimme abzugeben, doch erscheint der Antrag zweifellos geeignet, einer etwaigen allzustarben Stimmenzerpflünderung vorzubeugen.

entziet der
1925 getrof-
herabseht
über die
Arbeiten
Dienst-
zeit bei
die erfor-

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefkurse.

1 holländischer Gulden	1680,6 Ma.
1 französischer Franken	217,1 Ma.
1 schweizer Franken	808,6 Ma.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(SGB) Stuttgart, 11. März. Die Börse konnte auch heute ihren Kursstand im allg. meinten behaupten. Es kam mehr Material an den Markt als abgenommen wurde.

Calwer Marktbericht.

Bei dem am 11. März stattgefundenen Vieh-, Pferde- und Schweinemarkt waren insgesamt 72 Stück Rindvieh zugetrieben, darunter befanden sich 19 Ochsen, 11 Stiere, 20 Kühe, 7 Kalbinnen und 15 Stück Jungvieh. Bezahlt wurde für Ochsen 1080-1375 Mark, für Stiere 500-800 Mark pro Paar, für Kühe 300-500 Mark, für Kalbinnen 400-580 Mark, für Rinder 200-330 Mark pro Stück.

Auf dem Schweinemarkt waren 120 Milchschweine und 18 Stück Käufer zugeführt, für Käufer wurden 80-130 Mark, für Milchschweine 55-70 Mark pro Paar bezahlt.

Auf dem Pferdemarkt waren 7 Pferde zugeführt. Der Handel war durchweg schwach die Zufuhr war durch die im Bezirk herrschende Maul- und Klauenseuche stark beeinträchtigt.

Schweinepreise.

Oberjonaheim: 1 Paar Milchschweine 62-70 M. — Waldsee: 1 Paar Milchschweine 60-75 M.

Fruchtpreise.

Heidenheim: Kernen 14, Weizen 13, Gerste 14,80, Haber 10-10,70 M. — Rieblingen: Kernen 13,50, Weizen 12,30, Gerste 12-13,80, Saatgerste 14, Haber 9,50-12 M. — Leutkirch: Weizen 13-13,50, Gerste 14-15,50, Haber 11-13,70 M.

Verpackung.

(SGB) Weilerstadt, 11. März. Die hiesige Schafweide, die vom 1. Februar bis 15. August mit 200, vom 15. August bis 1. Februar mit 500 Schafen bebaut werden darf, wurde um 4000 M an Robert Burthard hier verpachtet.

Offenburger Weinmarkt.

(SGB) Aus Baden, 11. März. Gestern wurde der 47. Offenburger Weinmarkt eröffnet. Die Preise der ausgetasteten Weine lagen zwischen 48 und 650 M pro Hektoliter. Jeder Interessent hatte Gelegenheit, ihm zuzugewandene Weine zu kaufen. Am Markt herrschte sehr lebhafter Verkehr.

Der Fleischverbrauch in Württemberg.

Die gewerblichen Schlachtungen in Württemberg haben laut Mitteilungen des Statistischen Landesamts im 4. Quartal 1924 gegenüber dem 3. Quartal zugenommen. Bei den Pferden um 179 Stück, Ochsen 911, Kühe 4318, Schweine 9750, Schafe 81651, Ziegen 519 Stück, abgenommen bei den Bullen um 545, Jungtieren 4014 und Kälbern 8304 Stück. Im gesamten Jahr 1924 wurden geschlachtet an Pferden 10310 Zentner, Ochsen 70705, Bullen 63052, Kühen 186048, Jungtieren 345970, Kälbern 154809, an Rindvieh zusammen 820584, an Schweinen 403619, an Schafen 29952 und an Ziegen 166, alles zusammen auf 1266131 Zentner gegen 760564 Zentner im Jahr 1923 und 1137257 Zentner i. J. 1913. Die Gewichtsmenge des Jahres 1924 steht also um nahezu ein Drittel gegen diejenige des Jahres 1913 zurück. Bei den gewerblichen Schlachtungen handelt es sich hauptsächlich um die Fleischversorgung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung. Letztere lebt mehr von den nicht beschaulichsten Hauschlachtungen. Diese beziehten sich in der Zeit vom 1. Dezember 1923 bis zum 30. November 1924 auf 218329 Stück gegen 200983 im Jahre 1912. Die Schweine lieferten den Hauptbeitrag zu den Hauschlachtungen, nämlich 202253 Stück im Jahr 1924 und 182875 Stück im Jahr 1912. Gewerbliche Schlachtungen und Hauschlachtungen ergaben im Jahr 1924 zusammen 877437 Stück mit 16,9700 Zentnern. Zu dieser Gesamtgewichtsmenge trugen bei das Rindvieh 52,2%; die Schweine 44,9%; Schafe, Pferde, Ziegen den kleinen Rest mit 2,9%. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet sich die aus sämtlichen Schlachtungen angefallene Gewichtsmenge wie folgt: 1904: 85,02, 1907: 32,24, 1912: 85,66, 1924: 61,94 Pfund. Der Rückgang gegen das Jahr 1912 macht 21,7% oder mehr als ein Viertel aus und betrifft ausschließlich die gewerblichen Schlachtungen, die vornehmlich für die Fleischversorgung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung bestimmt sind, während die aus den Hauschlachtungen, aus denen die landwirtschaftliche Bevölkerung vorzugsweise ihren Fleischbedarf deckt, anfallende Fleischmenge nicht nur nicht abgenommen, sondern zugenommen hat. Verbleibende dürfte der Abmangel in der Fleischmenge aus den gewerblichen Schlachtungen durch das ausländische Geflügelfleisch, dessen Verbrauch in der Vorkriegszeit wenig oder gar nicht üblich war, wenigstens zu einem Teil gedeckt worden sein.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Wiesen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verlehrslofen in Aufschlag kommen. D. Schriftl.

Wetter für Freitag und Samstag.
Der Luftwirbel im Nordosten weicht zwar östlich zurück, ist aber noch von Einfluss. Später wird das Hoch im Westen mehr zur Geltung kommen. Infolgedessen ist für Freitag und Samstag mehrfach bedecktes und ziemlich kaltes Wetter zu erwarten, dagegen werden die Niederschläge nachlassen.

Simmer Liköre

Die erste Bedingung

für jede gut geleitete Küche ist die Verwendung bester Zutaten für die Bereitung der Mahlzeiten. Aus diesem Grunde ist

Dr. Oetker's „Gustin“

in der einfachen sowie feinen Küche allgemein beliebt. — Der Gebrauch von Dr. Oetker's Gustin ist außerordentlich vielseitig. Man nimmt Gustin um Milch, Früchte, Suppen, Saucen, Gemüse Fette u. w. sämig zu machen oder zu verdicken. Außerdem bereitet man mit Gustin Puddings, Cakes, Suppen, Kuchen, Torten, Milch- und Fruchtlammeris, ideale Kinderspeisen und Krankenpeisen aller Art.

Ein Veruch wird jede Hausfrau befriedigen.

Sie kaufen Dr. Oetker's Gustin in „Originalpäckchen“ mit der Schutzmarke „Oetker's Helikopf“ zum Preise von 33 Pfg., in allen einschlägigen Geschäften.

Besondere „Gustin-Rezepte“ erhalten Sie kostenlos ebendasselbst oder wenn vergriffen gratis und franko von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Schmied.
Brennholz=Verkauf.
Am Samstag, den 14. ds., nachmittags 2 Uhr, verkauft die Gemeinde auf dem Rathaus 80 Km. Brenn- und Papierholz in Lo. en. Gemeinderat.

**Maurer
und Steinhauer**
welche eventl. auch Steinbrechen können
**Georg Maier, Baugeschäft,
Baustelle Gasthof z. „Lamm“
Bad Liebenzell.**

Unterzeichneter verkauft einen starken, bereits noch neuen
**Zweispänner-
Trubenhagen**
würde auch nur das Untergeteilt z. Langholzführen abgeben.
Auch jetzt derselbe einen sehr schönen 1¹/₂ Jahr alten
Stier
dem Verkauf aus
Ludwig Schmid, b. Lamm
Renningen D. A. Leonberg

Lieb
Lieb, blühende, jugendliche Haut färbt durch die milde, parfümierte, absolut reine
Rosetta-Creme
So immerproben Hautreinigkeiten Runzeln verschwinden d. b. berühmte
Rosetta-Creme
Wo nicht erhältlich durch d. Fabrikanten
Rosetta & Co. in
Kaisersburg, Würt.
Hauptgeschäfte
Rosetta
unverfälscht
natürlichem, gelunden
Parfüm.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Pfannkuch & Co
Weine
Rotweine:
Tischwein
1/4 Fl. 80
Roussillon
1/4 Fl. 120
Dürkheimer
Feuerberg
1/4 Fl. 150
einschließlich Glas
und Steuer
Große Auswahl in
Bordeaug-
und
Burgunder-
weinen

Pfannkuch & Co
Mädchen-Gesuch.
Ein jünger. Mädchen, nicht unter 18 Jahren für Haus u. Garten, sucht auf 1. April. Frau Pfarrer Gmelin, Ww., Sirsau.

Reichert.
Alle Muster in Schildhalt und Imitation erhältlich.

**Kotklee-
Garten- und
Blumensamen**
(Klee ist leider, rei bei höchster Keimfähigkeit) fern
Steckzwiebel
empfiehlt
Fr. Volz, Oberkollbach,
Simmozheim.
Ein starkes
**Zucht-
Rind**
(1¹/₂ Jahre alt) sowie
2 Zuchtweine
(veredelter Landwein) eines ungefähr 2 Jre schwer verkauft am Samstag, den 14. März, nachm. 3 Uhr. Karl Schwämme.

ODOMA
Schreib-
maschinen
**Enderlin
& Breuning
Kagold**

Haarschmuck
Calwer Fabrikat
**Spangen
Stecker
Ketten
Nadeln**

Veteranen-Verein
1870/1914.
Sonntag, 15. März 1925
**Konvals-
Versammlung**
abends 7¹/₂ Uhr bei Kam. Suverie. Wegen dringender Besprechung ist es Pflicht, daß jedes Mitglied erscheint. Der Verein schließt am 14. und 15. März. Vorstand.

**Consum-
Verein Calw**
empfiehlt günstig
la Bauchspeck
Pfd. 1.— M.
**Deutsches
Rauhfleisch**
Pfd. 1.70 M.
**Delikateß
Sauerkraut**
Pfd. —.12 M.

Entbehrlichkeitshalber verkaufe ich einen starken, kompletten
**Langholz-
wagen**
sowie einen
**Einpänner-
Spazierhitten**
mit abnehmbarem Bod. Ludwig Ehrhardt, Unterreitshaus.

**Reichszentrale
für Heimabtrieb.**
Landesabteilung
Württemberg-Hohenzollern.
Die von dem Unterzeichn. enen bei den verschiedenen Stellen in Calw besprochene
Wohnenabtragung
kann aus dringenden Gründen am Samstag, d. 14. März nicht stattfinden und wird deshalb
erst später stattfinden.
Dr. Brönnler.

Heute Abend 8 Uhr
**Bad. Hof-
Lichtspiele**
**Der Berg
des Schicksals.**
Schwab. Bilderbühne

Schneeschuhverein Calw
Der Besuch des Sportfests
**Der Berg des
Schicksals**
wird den Mitgliedern bestens empfohlen.

Einen Wurf
6 Wochen alte
starke
Milchschweine
setzt dem Verkauf aus.
Wilh. Koller Schmied-
meister Neubulach.

Pfannkuch & Co
Weine
Weiß-
weine:
Tischwein
1/4 Flasche 80
Edenkobener
Eichbacher
1/4 Flasche 1⁰⁰
Maikammerer
Obermosler
1/4 Flasche 1²⁰
einschließlich Glas
und Steuer.

Gesucht nach Hannover
ehliches fleißiges
Mädchen
in kleinen Haushalt. Hin-
reise wird vergütet. Nähere
Auskunft erteilt
Frau Schrag,
Bischofstraße 489.

Dixin das dankbare
Seifenpulver
ist sparsam im Gebrauch und billig.
ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & CO., DUSSELDORF

Leinach.
Wegen Wegzug verkaufe ich:
1 Waschkessel, 2 Bügel-
eisen, 1 Fahrstuhl, 1 Sast-
presse, 1 Kinderportwa-
gen, 1 Erdölzuglampe,
1 Deckstühle, 1 Hackbrett,
3 Fäzchen, Glasholben
u. Flaschen. Hilligardt.

**Lederfett,
Lederöl**
empfiehlt
Albert Wöckele,
Lederhandlung.

Großer Resteverkauf

In den letzten Wochen hat sich eine große Menge von Resten angesammelt, die in dieser Woche

sehr billig

abgegeben werden. Es sind viele Reste vorhanden von

wollenen und halbwollenen Kleiderstoffen
Blusenstoffen Kleiderzeugen Schürzzeugen
Schürzensatins Bettzeugen weiß und farbige Damast
Hemdenflanellen Bettjackenstoffen
weiß Baumwolltuch Halbleinen

Paul Rächle, am Markt, Calw

Bezirksbeamtenbund Calw

Generalversammlung
am Sonntag, 15. März 1925, nachm. 3 1/2 Uhr
im „Badischen Ho.“ in Calw.

Tagesordnung.

1. Neuorganisation der Vereinigung.
2. Gruppenbildung.
3. Wahlen.
4. Anträge aus der Versammlung.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Der prov. Vorsitzende: Widmayer.



Bezirks-Obstbauverein Calw.

Sonntag, den 15. März, nachm. 2 1/2 Uhr:

Generalversammlung

in der Restauration Weiß (Badstraße).

Tagesordnung: 1. Rechenschafts- und Kassenbericht.

2. Neuwahlen.
3. Vorträge von Oberamtsbaumwart Widmann über **Umpfropfen der Obstbäume** und von Kaufmann Knecht über **Beerenobst**.
4. Gründung von Ortsvereinen.

Zu dieser Versammlung werden alle Obstbaufreunde — Männer und Frauen — freundlich eingeladen.

Der Ausschuss.

Meiner werten Kundschaft teile ich mit, daß ich anher meinem teils herin Brot, ein

schmackhaftes Roggenbrot (Dauerbrot)

herstelle. 1 u. 2 Kilogr. schwer, das Kilogr. zu 45 Pfg.

Hermann Schnürle
Bäckermeister.

Gesucht wird ein Laden oder Lagerraum

so,ort beziehbar. Für Miete werden **600 Mark** im Voraus bezahlt.

Angebote unter R. R. Nr. 59 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Ein möbl.

Zimmer

an best. Herrn so,ort zu vermieten. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Jüngeres

Laufmädchen

für vormittags sucht. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Samstag u. Sonntag

Hausgemachte



Würste

wozu höflichst einladet

Gottlob Niethammer,
Marktplatz.

Zur

Kinderpflege:

- Milchflaschen
- Gummisanger
- Schnuller
- Beißringe
- Sterilisierapparate
- Milchzucker
- Hafermehle
- Kindermehle

Ritterdrogerie Calw.

Ludwigsburger Falzziegel, Schwemmteine, Schwarzkalk, Portlandzement und Rheinland

habe auf Lager am Bahnhof Alt, engstekt und empfiehlt

Samuel Better, Gchingen.

N.B. Bin jeden Tag von 12-1 Uhr am Bahnhof.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“.

Fahrnisversteigerung.

Am Samstag, den 14. März 1925 werden im Hause Nr. 321 in der Dieggergasse, gegenüber von Schöffers Brodbrot, von nachmittags 2 Uhr an folgende Gegenstände gegen Barzahlung öffentlich versteigert:

- 1 Futter-schneidmaschine, 1 zweirädriger Handkarren, 1 Quantum Laubstreu, circa 10 Str. Heu u. Dehmb, 1 Partie gespaltenes dürres Brennholz, Feld- und Handgeschirr, 1 vollständiges Bett, 2 Kleiderkästen, 2 Kommode, Koffer, Tisch und Stühle, sowie allerlei Haus- und Küchengerät.

Auktionär Kolb.

Bücherlotterie zum Besten der Deutschen Bücherei.

Gewinne nur in Büchern, Musikalien oder Kunstblättern.

Wahl dem Gewinner überlassen.

Preis des Loses Mk. 1.50. Weitere Auskunft und Lose in der Buchhandlung Häussler.

Neu! Wichtig für Hausfrauen. Neu!

Allen Voran zieht

Franks Reformbeize

farbiges Bodenwachs — gelb — rot — braun
Naß abwischbar — nicht abfärbend
durch das ganze Land!



Kein Abfärben mehr beim Aufwischen des Bodens. Ohne Neuantrag monatelang haltbar, da jeweils nach dem Aufwischen und Trocknen des Bodens nur wieder mit Bürste der alte Hochglanz erzeugt wird. Eine halbe Dose reicht für ca. 30 qm, also doppelt so ausgiebig wie die bekannten im Handel befindlichen gewöhnlichen abfärbenden Beizen. Keine ermüdende Arbeit mehr, der Auftrag ist Spielerei.

Man veranlasse ausdrücklich Franks Reformbeize naß abwischbar, nicht abfärbend und lasse sich keine andere minderwertige abfärbende Beize ausdrängen. Nur Franks Reformbeize hat die angeführten Vorzüge! Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

Chemische Fabrik Frank & Schweiker, Zuffenhausen.

Die Reichhaltigkeit

unseres Blattes

bringt demselben ständig neue Leser.

Leistungsfähiges

Pianohaus

(Pforzheim) mit allerersten Marken-Vertretungen sucht mit Herren u. Damen in Liebzell, Calw, Nagold und Umgebung, welche Gelegenheit haben, Verkäufe von **Pianos, Harmoniums, Grammophone**

zu vermitteln in Verbindung zu treten. Gest. Zuschriften unter N. P. 59 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Wasserglas

garantiert geruchlos empfiehlt billigst

R. Hauber.

Gelbe und rote

Speise u. Saattartoffeln

hat zu verkaufen **Paul Marquardt, Ruppingen.**

Wasserglas

hell und geruchlos empfiehlt **Ch. Schlatterer.**

Lüchtiges, ehrliches

Mädchen

im Kochen und allen Hausarbeiten durchaus erfahren bei guter Bezahlung auf 1. April

gesucht.

Angebote mit Zeugnisabschriften und event. Lichtbild an **Frau Artur Schweigert, Pforzheim, Sailerstr. 37.**

Nettes anständiges, ehrliches 23 Jähr. Fräulein (Beamtenwittwe) sucht auf 15. März oder 1. April

Stellung

in seinem Café auf dem Lande od. kleiner. Städtchen als **Servierfräulein**

Gutes Zeugnis steht zu Diensten. Zuschriften erbeten an **Marie Frank, Stuttgart, Schloßstr. 59, B. 1**

Junger Mann, 26 Jahre alt; Fabrikantensohn mit kaufm. Schulbildung, repräsentable stattliche Erscheinung, sehr lebensstark, wünscht junge solide Dame mit Vermögen zwecks baldiger

Heirat

kennen zu lernen. (Eheheirat nicht ausgeschlossen.) Ernstgemeinte wollen ihre Adresse mit Lichtbild welches wieder zurückgeschickt wird vertrauensvoll unter Angabe Nr. N. P. 100 an die Geschäftsstelle ds. Bl. einfinden.

Zur Haarpflege

empfiehlt echtes **Birkenhaarwasser** **Carl Otto Bincon.**

Mädchen-Veruch.

Zu baldigem Eintritt suche ich ein ehrliches, zuverlässiges

Mädchen

das möglichst schon in Stellung war für Küche und Haushaltung bei familiärer Behandlung. Gelegenheit zum Kochenlernen geboten.

G. Roth, Sägewerk, Stadt N. Leonberg.

Kukirolen Sie schon?

Das heißt: Betreiben Sie systematische Fußpflege? Hierzu gehören: 1 Packung Kukiro-Fußbad, 1 Dose Kukiro-Streupuder und 1 Schachtel Kukiro-Hühnerauge-Pflaster.

Mit diesen drei Präparaten, die zusammen nur 2 Mark kosten, können Sie eine richtiggehende Kukiro-Fußpflege-Kur durchführen.

Ist Ihnen die Gesundheit Ihrer Füße diese Ausgabe nicht wert?

Sie erhalten alle drei zu einer Kur erforderlichen Kukiro-Präparate in jeder Apotheke und wirklichen Fachdrogerie, bestimmt aber in den nachstehenden:

Ritter-Drogerie Calw.

